

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Abschlußtermin dieses Berichts: 31. Dezember 1971 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstr. 307; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 17,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

Preis DM 1,—

Sonderdruck / Januar 1972

Zu den Hintergründen der kapitalistischen Weltwährungskrise

Die Währungsbeschlüsse vom 18. Dezember 1971 in Washington

Die kapitalistische Welt wird seit Jahren von tiefgehenden Währungskrisen erschüttert. Krisen um das Pfund Sterling, die Lira und den Franc lösten einander ab. Im Jahre 1971 brach die seit längerem sich ankündigende Krise des Dollars offen aus, die, da der Dollar internationale Leitwährung ist, alle übrigen Währungen in Mitleidenschaft zog. Diese weltweite Krise des kapitalistischen Währungssystems verflocht sich mit der in den meisten kapitalistischen Ländern ausgebrochenen oder heraufziehenden zyklischen Krise. (Siehe „Informationen“ Nr. 4/1971 Dezember)

Aufgrund zahlreicher Anfragen

und Vorschläge hat sich der Herausgeber der vierteljährlich erscheinenden „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“, das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) entschlossen, zu diesem Problemkreis und zu anderen aktuellen Problemen von Zeit zu Zeit Sonderausgaben zu veröffentlichen.

Für die Bezieher der „Nachrichten“ und der „Informationen“ ist der Bezug der Sonderausgaben im Abonnementspreis enthalten. Das Einzelexemplar der Sonderausgaben kostet 1,— DM.

INHALT:

I. Die Situation vor dem 18. 12. 1971

1. Inflation und Überproduktion in den USA
2. Die wirtschaftliche Situation im kapitalistischen Europa
3. Die Lage in der BRD und in Japan

II. Inhalt und Bedeutung der Beschlüsse vom 18. 12. 1971

1. Die zunehmende Instabilität des Währungssystems bei verschärften Krisen
2. Dollarabwertung als Scheinlösung
3. Druck auf die Arbeiterklasse wird sich verstärken

I. Die Situation vor dem 18. 12. 1971

Der Beschluß der amerikanischen Regierung, zum erstenmal seit 38 Jahren den Dollar abzuwerten, und zwar um rund 8 Prozent, markiert den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung. Er ist ein Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses zwischen den wichtigsten kapitalistischen Ländern und zeigt, daß ihre politischen und ökonomischen Kräfte sich ungleichmäßig entwickelten. Es ist nun ganz offensichtlich, daß die Position der USA schwächer wurde, obwohl sie nach wie vor noch stark ist. Aber sie sind nicht mehr in der Lage ihre Vorstellungen den anderen zu diktieren, sondern müssen heute, wenn sie etwas erreichen wollen, selbst Zugeständnisse machen.

Die bisherige Politik der USA wurde durch ein Währungssystem ermöglicht, das im Juli 1944 in Bretton Woods auf Drängen der USA zustande kam und als Kernstück die Gleichsetzung des Dollars mit dem Gold auf der Grundlage 1 Unze Gold = 35 Dollar enthielt. (Gold-Devisen-Standard.)

Da fortan der Dollar als Reservewährung in der gesamten kapitalistischen Welt fungierte, waren der Dollarinflation praktisch keine Grenzen gesetzt. Viele Länder mußten einen wachsenden Teil ihrer Währungsreserven in Dollars anlegen. In Bretton-Woods hatten sich die USA verpflichtet, jederzeit Dollars gegen Gold einzulösen. In den 40er und zu Beginn der 50er Jahre brauchten sie dies nicht, da in den vom Krieg getroffenen kapitalistischen Ländern ein direkter Heißhunger nach Dollars vorhanden war. Aber in dem Maße wie die Goldvorräte der USA sanken und diese ihre Zahlungsbilanzdefizite mit „Papierdollars“ finanzierten, wuchs der Druck der USA auf die anderen kapitalistischen Länder, auf den nach dem Bretton-Woods-Abkommen formal möglichen Umtausch von Dollars in Gold zu verzichten. Dies bewirkte eine zunehmende weltweite Inflation; denn die nationalen Notenbanken hatten — entsprechend dem freien Austausch der Währungen — die Pflicht, für die jeweiligen Dollarguthaben eigene Währung abzugeben, was bis Ende 1971 eine sprunghafte Vermehrung der Geldmenge nach sich zog, der kein annähernd gleich großes Güterangebot zur Verfügung stand.

Die Überbewertung des Dollars führte auch dazu, daß der amerikanische Kapitalexport in die anderen kapitalistischen Länder forciert wurde. Billig kauften die USA-Monopole ganze Konzerne auf.

Die USA konnten nicht verhindern, daß das Vertrauen in den Dollar rapide sank. Es war nicht schwer zu errechnen, daß bei einer Goldreserve von nur etwas mehr als 10 Mrd. Dollar und Dollarguthaben ausländischer Notenbanken von rund 50 Mrd. Dollar die USA gar nicht in der Lage waren, Dollars gegen Gold umzutauschen.

Das Ergebnis war, daß eine regelrechte Flucht aus dem Dollar einsetzte. Vom Juni 1970 bis zum Mai 1971, dem Zeitpunkt der Freigabe des DM-Kurses, strömten Dollars im Werte von rund 35 Mrd. DM in die Kassen der Bundesbank. Der Glaube, wonach der Dollar goldgleich sei, wurde von den USA offiziell am 15. August 1971 beendet: die USA zogen sich einseitig der Bestimmung des Bretton-Woods-Abkommens, fremde Dollarguthaben in Gold einzulösen. Die USA stürzten damit das kapitalistische Währungssystem in seine schwerste Krise nach dem zweiten Weltkrieg.

Die Problematik, der sich das kapitalistische Weltwährungssystem gegenübersteht, wird aus den folgenden beiden Tabellen deutlich:

Prozentuale Zusammensetzung der Währungsreserven der nichtsozialistischen Länder

	1951	1961	1969	1970	1. Vj. 1971
Gold	66,9	60,9	52,2	40,7	37,4
Sonderziehungsrechte	—	—	—	3,4	5,9
Devisen	29,7	32,6	38,8	47,4	49,2

(Quelle: Jahresbericht 1971 Internationaler Währungsfonds, Washington, Tabelle 7)

Dollarreserven kapitalistischer Industrieländer in Millionen

	BRD	Frankreich	Japan	Schwiz
1970, September	6 286	1 039	2 423	1 360
1971, September	11 380	3 033	11 939	3 640

(Quelle: Jahresgutachten 1971 des Sachverständigenrates, S. 17)

Während der Anteil des Goldes im Rahmen der Währungsreserven der nichtsozialistischen Länder beständig abnimmt, nämlich von 1951 bis zum 1. Vj. 1971 um fast 30 Prozent, erhöhte sich der Devisenbestand im gleichen Zeitraum um nahezu 20 Prozent, wobei von 1961 bis 1971 die größten diesbezüglichen Veränderungen stattfanden. Der überwiegende Teil der Devisenbestände sind US-Dollars. Ein besonderes Reservemittel stellen die sogenannten Sonderziehungsrechte dar, die vom Internationalen Währungsfonds als Kredite gegeben werden. Sie wurden 1969 eingeführt und werden als „Papiergold“ gehandhabt. Insbesondere die USA bedienen sich immer mehr dieses Instruments, um ihre chronisch defizitäre Zahlungsbilanz auszugleichen. Im Gegensatz zu den Ziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds, die Devisenkredite sind und zum Teil durch die Einzahlungen der Mitgliedsländer gedeckt sind (25 Prozent der Quote sind sofort in Gold fällig und 75 Prozent müssen in eigener Währung auf Anforderung des Fonds zur Verfügung gestellt werden), ist für die Sonderziehungsrechte keine vorherige Einzahlung zu leisten.

Die Sonderziehungsrechte, deren Gesamtvolumen gegenwärtig auf 9,5 Mrd. Dollar begrenzt ist, ist neben der inflationistischen Dollarvermehrung durch die Notenpresse eine weitere Quelle der Inflation.

1. Inflation und Überproduktion in den USA

Hauptursache der immer tiefer gehenden Währungskrisen in der kapitalistischen Welt ist die ökonomische und politische Situation der Hauptmacht des Kapitalismus, den USA, die infolge der engen politischen und ökonomischen Bindungen mit den anderen kapitalistischen Ländern tiefgreifende Auswirkungen auf diese hat.

Die USA versuchen, auf allen Kontinenten ihre machtpolitischen Ziele zu verwirklichen. Insbesondere ihr Krieg gegen die Völker Indochinas hat dazu geführt, daß sich ein immer tiefer werdender Widerspruch zwischen den Anforderungen dieser Politik an das ökonomische Potential der USA und den realen ökonomischen Möglichkeiten entwickelte. Zahlungsbilanzdefizite, die chronisch wurden, beschleunigte Binneninflation und erstmalig seit nahezu 80 Jahren ein Handelsbilanzdefizit, waren das unvermeidliche Ergebnis dieser Politik. Dazu kommt, daß andere kapitalistische Länder, vor allem Japan, den amerikanischen Konzernen selbst auf dem USA-Binnenmarkt immer erfolgreicher Konkurrenz machen.

Die Ursache der immer tiefer gehenden Währungskrisen in der kapitalistischen Welt ist der bislang unauflösliche ökonomische und politische Zusammenhang, den die USA mit allen anderen Staaten hergestellt haben. In den USA als dem am weitesten entwickelten kapitalistischen System treten nicht nur die zyklischen Krisen häufiger als in der übrigen kapitalistischen Welt auf, sondern sie sind auch massiver und umfassender.

So wird die Wirtschaft der USA seit dem Ende der fünfziger Jahre von immer neuen Krisen und Teilkrisen geschüttelt. Dies zeigt sich vor allem in einer permanenten Arbeitslosigkeit und einer nicht zu stoppenden Inflation, wie ein Blick auf einige wichtige wirtschaftliche Daten zeigt.

Wirtschaftsentwicklung in den USA — Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Bruttosozialprodukt	Industrieproduktion	Preisindex des BSP	Verbraucherpreise
1967	2,7	1,2	—	2,8
1968	4,9	4,7	4,0	4,2
1969	2,8	4,4	4,7	5,4
1970	0,25*	—1,4**	5,0*	5,9

[Quelle: OECD Economic Outlook, Paris 7/1970; Main Economic Indicators, Hrsg. OECD, Paris 1/1970, 10/1970; Jahresgutachten 1971]

* Schätzung

** Januar bis August

Arbeitslosigkeit in den USA (in Prozent der Beschäftigten)

1967	3,8
1968	3,6
1969	3,5
1970	4,9
1971, 2. Vj.	6,0*

[Quelle: Jürgen Kuczynski, Das magische Viereck, Frankfurt 1971, S. 34]

* saisonbereinigt

Was speziell die Währungssituation betrifft, so kommt es besonders auf den Zusammenhang von defizitärem Staatshaushalt und Zahlungsbilanz an. Ausschlaggebend sind die stetig steigenden Rüstungsausgaben und die damit indirekt verbundenen außen- und militärpolitisch bedingten Staatsausgaben. Das Budget 1971/72 ist charakteristisch für das Zusammentreffen von Stagnation und Inflation. Es umfaßt rund 230 Mrd. Dollar, wird mit einem Defizit von ca. 15 Mrd. Dollar finanziert und enthält als Hauptposten Rüstungsausgaben von 80 Mrd. Dollar, das sind mehr als ein Drittel der Haushaltsausgaben und 6,8 Prozent des Bruttosozialprodukts. Die unmittelbaren Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz liegen darin, daß zum kriegsbedingten Dollarabfluß ein binneninflationbedingter Kapitalexport kommt. Der Wertverlust der US-Währung führte zu erheblichen Dollarausfuhren, die allein im 3. Vj. 1971 ein Zahlungsbilanzdefizit von über 12 Mrd. Dollar erbrachten. Das Zahlungsbilanzdefizit für das Jahr 1970 betrug 10 Mrd. Dollar. Im August 1971 sanken die Währungsreserven der USA auf den tiefsten Stand seit 1936, und zwar auf 12,1 Mrd. Dollar, wobei der Goldbestand nur noch einen Wert von 10,2 Mrd. Dollar umfaßte. 1950 verfügten die USA mit fast 23 Mrd. Dollar noch über 50 Prozent aller Währungsreserven der kapitalistischen Welt.

USA-Währungsreserven (in Mrd. Dollar)

1960	1964	1968	1970	August 1971
19,4	16,2	12,2	14,9	12,1

[Quelle: Jahresbericht 1971 Internationaler Währungsfonds, Tabelle 6; 110 Schnelldienst 50/1971, S. 3]

Werden die US-Zahlungsbilanzdefizite der letzten 10 Jahre zusammengerechnet, so ergibt sich eine Summe von über 30 Mrd. Dollar, so daß die offiziellen Währungsreserven nur wenig mehr als ein Drittel dieser Verpflichtungen decken.

2. Die wirtschaftliche Situation im kapitalistischen Europa.

In der Tendenz gleichartig verläuft die wirtschaftliche Entwicklung in Großbritannien und den anderen kapitalistischen Ländern in Europa. Besonders in Großbritannien ist die Arbeitslosigkeit seit Jahren das ungelöste Problem geblieben. Derzeit bewegt sich die Zahl der Arbeitslosen auf 1 Million zu. Gleichzeitig herrscht nach wie vor ein heftiges inflationäres Klima. 1971 stiegen die Verbraucherpreise um 9,5 Prozent. Im übrigen kapitalistischen Europa sind an der Jahreswende 1971/72 ebenfalls ein verstärkter Trend zur Inflation und zunehmende Krisenerscheinungen zu registrieren, wenn auch Frankreich im Hinblick auf die Beschäftigungslage noch eine Ausnahme bildet. Im Durchschnitt fiel aber das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts in den kontinentaleuropäischen kapitalistischen Ländern um 2 Prozent von 5 Prozent im Jahre 1970 auf 3 Prozent 1971.

3. Die Lage in der BRD und in Japan.

Die BRD und Japan nehmen im Weltkapitalismus insofern eine Sonderstellung ein, als sie im September 1971 zusammen rd. 23,3 Mrd. Dollar als Währungsreserven besaßen. Diese Summe macht etwa doppelt so viel aus wie die Dollarreserven der übrigen kapitalistischen Industrieländer außer den USA insgesamt. Infolgedessen setzten sich gerade die BRD und Japan einem immer heftigeren Druck durch die USA aus, ihre Währungen gegenüber dem Dollar aufzuwerten, da dann — bei paralleler Abwertung des US-Dollars — der Wert ihrer Dollarreserven entsprechend absinkt.

Aus politischen Gründen gaben die Regierungen der BRD und Japans dem Verlangen der USA nach, ungeachtet der in beiden Ländern einsetzenden wirtschaftlichen Abschwächung. Während sich in der BRD 1971 das Wachstum des realen BSP um 2,4 Prozent von 5,4 Prozent 1970 auf 3 Prozent 1971 verringerte, sank das reale Wachstum in Japan um fast 6 Prozent von 10,9 Prozent auf 5 Prozent ab.

Nicht zuletzt aufgrund der immensen Dollarzufüsse erreichte die Preissteigerung in beiden Ländern 1971 Rekordmarken: in der BRD etwa 5,5 Prozent, in Japan 6,4 Prozent.

Anstieg der Verbraucherpreise in Landeswährung (gegenüber dem Vorjahr in %)

	1966	1967	1968	1969	1970	1971*
USA	2,9	2,8	4,1	5,5	5,9	4,3
Frankreich	2,7	2,7	4,6	6,4	5,9	5,5
Italien	2,3	3,2	1,4	2,6	5,0	5,0
Großbritannien	3,9	2,5	4,7	5,5	6,4	9,5
Japan	5,1	4,0	5,4	5,2	7,7	6,4
BRD	3,7	1,7	1,6	2,7	3,8	5,1

[Quelle: Jahresgutachten 1971, S. 18]

* geschätzt

II. Inhalt und Bedeutung der Beschlüsse vom 18. 12. 1971

Am 17. und 18. Dezember 1971 tagten in Washington der sogenannte Zehnerklub und vereinbarte am 18. 12. eine Neu festsetzung der Paritäten seiner Währungen. Im sogenannten Zehnerklub sind die Länder zusammengefaßt, die im Internationalen Währungsfonds mit 55,9 Prozent den höchsten Stimmanteil haben. Es handelt sich um die USA, Großbritannien, Bundesrepublik, Frankreich, Japan, Kanada, Italien, Niederlande, Belgien und Schweden.

Gegenüber dem Gold werteten auf: die BRD und die Schweiz um 4,61 Prozent, Japan um 7,66 Prozent, Belgien und die Niederlande um 2,76 Prozent. Italien und Schweden werteten um 1 Prozent ab, Frankreich und Großbritannien änderten an der Goldparität ihrer Währung nichts. Die USA erhöhten den Preis des Goldes von 35 auf 38 Dollar je Unze, was einer Abwertung von 7,89 Prozent gleichkommt. Dadurch erhöhte sich der Wert des USA Goldbestandes (10 Mrd. Dollar) um rd. 800 Millionen Dollar. Der Aufwertungsverlust der BRD hinsichtlich des Devisenbestandes dürfte je nach der Art der Devisen bis zu 6 Mrd. DM betragen, der vor allem von der arbeitenden Bevölkerung getragen wird. (Wirtschaftswoche 52/1971, S. 9)

Unter Berücksichtigung der Abwertung des amerikanischen Dollar gegenüber dem Gold haben die übrigen Mitglieder des Zehnerclubs ihre Währungen gegenüber dem Dollar aufgewertet (in Prozent):

Japan	(Yen)	+16,89
Bundesrepublik	(DM)	+13,557
Schweiz	(Franken)	+13,557
Belgien	(Franc)	+11,57
Niederlande	(Gulden)	+11,57
Frankreich	(Franc)	+ 8,57
Großbritannien	(Pfund Sterling)	+ 8,57
Italien	(Lire)	+ 7,49
Schweden	(Krone)	+ 7,49
Kanada behält den freien Wechselkurs bei		

Das Verhältnis des DM zu den anderen Währungen hat folgende Veränderungen erfahren (in Prozent):

US-Dollar	+13,557
Schweden Krone	+ 5,67
italienische Lira	+ 5,67
Pfund Sterling	+ 4,61
französischer Franc	+ 4,61
holländischer Gulden	+ 1,80
belgischer Franc	+ 1,80
Schweizer Franken	± 0,00
Yen	— 2,83

Die USA verpflichteten sich die zehnprozentige Zusatzimportabgabe wieder zu streichen. Die EWG, Japan und Kanada verpflichteten sich gegenüber den USA zu handelspolitischen Zugeständnissen, ohne daß hierfür schon feste Vereinbarungen getroffen wurden. Die USA kündigten bereits an, daß sie von der EWG erwarten, daß sie die Schranken des gemeinsamen Marktes, insbesondere für die amerikanischen Agrarüberschüsse öffnen. Das wichtigste Zugeständnis machten die nach den USA neun stärksten kapitalistischen Industrieländer, indem sie offiziell und widerspruchsfrei die Entscheidung der USA vom August 1971 akzeptierten, daß der Dollar nicht mehr in Gold umgetauscht wird. Sie erkannten damit an, daß der Dollar lediglich noch eine Verrechnungseinheit ist. Aber was ist das für eine Leitwährung, die nicht in Gold konvertierbar ist?

Selbst der Vizepräsident der Bundesbank, Emminger, muß zugeben, daß der Dollar nicht mehr die alles überragende Schlüsselwährung wie früher ist. (Frankfurter Allgemeine, 29. 12. 71)

Von der bürgerlichen Presse wird die relativ schnelle Einigung hervorgehoben. Aber die kapitalistischen Hauptländer standen nicht nur unter einem Zeit- sondern auch unter einem politischen Druck. Laut Emminger war die Gefahr groß, „daß ein fortdauerndes Gegeneinander auf dem Gebiet der Währungs- und Handelspolitik mit der Zeit auch zu Rissen und Sprüngen im politischen Gebäude der freien Welt geführt hätte.“

Das Abkommen vom 18. 12. ist eine gewisse Anpassung an das veränderte Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Ländern und wird den Monopolen einen größeren Manövrierspielraum auf dem kapitalistischen Weltmarkt geben, da die größten Unsicherheiten, die in den schwankenden Wechselkursen lagen, gemildert werden. Die Widersprüche zwischen den Hauptgruppierungen USA, Japan und EWG bestehen jedoch unverändert weiter. Da die Ursachen der Währungskrisen nicht beseitigt sind, die in der monopolistischen Struktur der Wirtschaft und der sich aus ihr ergebenden expansiven Politik liegen, werden neue Währungskrisen unvermeidlich wieder kommen. Nur 14 Tage nachdem der Dollar abgewertet wurde und der amtliche Preis einer Unze Freigold auf 38 Dollar stieg, wurde an der Londoner Goldbörse, d. h. auf dem freien Goldmarkt mit 44,35 Dollar je Unze am 4. 1. 1972 der höchste Preis seit 1968 erzielt, seitdem der Goldmarkt sich in einem amtlichen und einem freien spaltete.

Die internationale Spekulation läuft schon wieder gegen den Dollar, der nach wie vor überbewertet ist, in der Hoffnung, daß der Dollar weiter abgewertet wird.

1. Zunehmende Instabilität des Währungssystems bei verschärften Krisen

Durch die Beschlüsse vom 18. 12. 1972 wurde den USA praktisch freie Hand gegeben, ohne Rücksicht auf ihre eigene Wirtschaftslage ihre Außenpolitik auf der Basis der Dollarexpansion fortzuführen. Der Dollar bleibt Reservewährung, obwohl seine reale Kaufkraft — gemessen an der binnenwirtschaftlichen Entwicklung — diese Funktion nicht mehr rechtfertigt. Die Währungsreserven der übrigen Welt werden dadurch zusehends fiktive Größen. Handelsbilanzüberschüsse werden so zu noch stärkeren Inflationsquellen, soweit sie nicht mit Gold, sondern mit Papierdollars oder Sonderziehungsrechten bezahlt werden. Die Flucht aus dem Dollar wird zum Mittel der Inflationsbekämpfung, und diejenigen Länder entgehen künftig der dollarabhängigen Geld-

entwertung, die sich konsequent der Unterordnung unter die amerikanische Außenpolitik entziehen. Andererseits aber laufen handelspolitische Zugeständnisse an die USA darauf hinaus, Krisen der USA auf andere kapitalistische Länder zu verlagern und in diesen Ländern sich entwickelnde Krisen noch zu verstärken. Offene oder versteckte Maßnahmen der betroffenen Länder werden wohl nicht ausbleiben, um sich gegen Exportoffensiven anderer zu schützen. Das Verfahren der USA, Inflation und Arbeitslosigkeit über die eigenen Grenzen zu tragen, erhält dann allgemeinen Charakter.

2. Dollarabwertung als Scheinlösung

Wer sich dem Glauben hingibt, daß mit dem Abkommen die Probleme der kapitalistischen Weltwirtschaft gelöst werden, wird alsbald eines Besseren belehrt werden, denn es bringt die Ungleichgewichte der Währungen nicht in Ordnung. Der Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern und Ländergruppierungen, vor allem zwischen den USA und Japan, USA — EWG, EWG — Japan und auch innerhalb der EWG wird sich verschärfen. Die westdeutschen Konzerne kamen aus der Washingtoner Konferenz glimpflich heraus. Formell wurde die DM gegenüber allen kapitalistischen Ländern Europas, bis auf die Schweiz aufgewertet. Da aber durch die Freigabe des Wechselkurses im Mai 1971 (durch das sogenannte Floaten) bereits ein weit aus höherer Aufwertungseffekt erreicht war, konnte die tatsächliche Konkurrenzposition verbessert werden. Dies trifft auch gegenüber Japan zu. Das zeigt, daß das Geschrei der Metallunternehmer während des Streiks in Nordwürttemberg/Nordbaden völlig unberechtigt war und sie in der Lage gewesen wären, weitaus höhere Löhne zu zahlen.

Die USA werden ihre Zahlungsbilanzdefizite weiterhin mit Papierdollars oder mit Sonderziehungsrechten auszugleichen versuchen und werden dadurch die inflationistischen Tendenzen in den anderen kapitalistischen Ländern verstärken. Für die Bundesrepublik ergibt sich die Notwendigkeit, sich vom Dollar zu lösen und sich aus den Fesseln der amerikanischen Politik zu befreien.

3. Druck auf die Arbeiterklasse wird sich verstärken

Die großen Konzerne benutzen die Aufwertung der DM als weiteres Argument, um den Druck auf die Löhne und die Arbeitsplätze zu verstärken.

Angesichts einer Arbeitslosenquote von 1,2 Prozent im Dezember 1971 ist eine „Stabilitätspolitik“ durch Druck auf die Löhne und Gehälter sowie durch Abbau öffentlich zu finanzierender Reformen bei paralleler Erhöhung der Steuern und Tarife ein Beitrag zur Stützung des Dollars. Denn von nun an wird der Dollarsog in die BRD auch bei eventuell rückläufigen Exporten wieder zunehmen. Das bedeutet jedoch einen weiteren Preisauftrieb bei jetzt gefährdeter Vollbeschäftigung.

Die DM-Aufwertung und die damit zusammenhängenden Folgeerscheinungen können dazu führen, daß der Kapitalexport noch lukrativer wird, daß der von der Arbeiterklasse der Bundesrepublik erarbeitete Reichtum dazu benutzt wird, um die Arbeitsplätze in diesem Lande noch unsicherer werden zu lassen.

Es ist keineswegs so, wie die „Welt der Arbeit“ am 24. 12. und am 31. 12. 1971 schrieb, daß die Währungsprobleme für die nächsten zwei bis drei Jahre aufs Eis gelegt und mit dem Washingtoner Abkommen eine gute Basis für einen Aufschwung gelegt seien.

Für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften ist höchste Wachsamkeit am Platz. Vor allem die jetzt in den Lohnkampf kommenden Gewerkschaften sollten mit verstärktem Nachdruck eine aktive Lohnpolitik verfolgen.

Aber darüber hinaus ist es erforderlich, den Kampf um die Mitbestimmung im gesamtgesellschaftlichen Bereich zu kämpfen und insbesondere den Einfluß der Arbeiterklasse auf die Politik der Bundesbank zu sichern. Nicht zuletzt gilt es die alte gewerkschaftliche Forderung zu verwirklichen, die Geldinstitute in Gemeineigentum zu überführen.